



Theo Mechtenberg

Das deutsch-polnische Verhältnis – eine Bestandsaufnahme

Am 30. Oktober 2020 verabschiedete der Deutsche Bundestag mit den Stimmen aller Fraktionen außer der AfD, die sich der Stimme enthielt, eine Resolution, die den Bundesrat veranlassen soll, an prominenter Stelle in Berlin ein den polnischen Opfern des Zweiten Weltkriegs gewidmetes Denkmal nebst einer Begegnungsstätte zu errichten, die der Vertiefung unserer nachbarlichen Beziehungen sowie dem wechselseitigen Verständnis und der Freundschaft dienen soll.

Die Bemühungen um die nun auf höchster politischer Ebene beschlossene Initiative gehen bis in den November des Jahres 2017 zurück. Damals wandte sich eine kleine Gruppe von Bürgern mit einem Appell an die Öffentlichkeit, in dem sie dazu aufrief, den polnischen Opfern deutscher Aggression und Okkupation der Jahre 1939-1945 eine Gedächtnisstätte zu errichten. Den noch lebenden Opfern und ihren Nachkommen in der zweiten und dritten Generation solle dies ein Zeichen sein, dass die Deutschen verstanden haben, was den Polen damals angetan wurde. Die Initiatoren betonen zudem den gegenüber der Zeit vor 30 Jahren völlig anderen, um vieles besseren Charakter der Beziehungen beider Nationen.

Für dieses im Verlauf von gut 30 Jahren gewachsene positive Verhältnis zu Polen spricht die Tatsache, dass dieser Appell einen breiten Anklang fand sowie die Unterstützung namhafter Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der AfD.

Ein lückenhaftes deutsches Bewusstsein?

In Berlin gibt es bereits das großflächige Holocaust-Denkmal sowie einen Ort des Gedenkens an die ermordeten Sinti und Roma. Ein entsprechender, den polnischen Opfern des nationalsozialistischen Terrors gewidmeter Ort fehlt bis heute. Dass nun im Zentrum der Bundeshauptstadt diese Lücke geschlossen werden soll, ist mehr als überfällig und überaus begrüßenswert. Dass allerdings in der durch die Resolution des Bundestages sowohl in der Bundesrepublik als auch in Polen ausgelösten Diskussion die Errichtung eines Polendenkmals in Zusammenhang mit den Lücken im Geschichtsbewusstsein der Deutschen gebracht wird, birgt die Gefahr einer einseitig negativen Sichtweise in sich und wird den deutsch-polnischen Nachkriegsbeziehungen, zumindest seit Mitte der 1960er Jahre, nicht gerecht. Eine mehrere Beiträge deutscher und polnischer Autoren umfassende Beilage der katholischen Krakauer Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ vom 22.11.2020 dient denn auch vor allem der Beweisführung des Vorhandenseins dieser deutschen Bewusstseinslücke. Deutsche wie Polen sehen in der Errichtung eines Polendenkmals die Antwort „auf die leeren Stellen im deutschen kulturellen Bewusstsein. [...] Die in den Jahren 1939-1945 an der polnischen Zivilbevölkerung verübten Verbrechen sind bis heute in der deutschen öffentlichen Meinung fast unbekannt.“

Doch stimmt diese These? Welcher Maßstab ist hier anzulegen? Es mag ja sein, dass die Mehrheit der Bundesbürger, wenn überhaupt, eine äußerst oberflächliche Kenntnis von der jahrhundertelangen deutschen Polenfeindschaft und von Hitlers Vernichtungskrieg besitzen. Es mag sein, dass sich die Mehrheit der Deutschen für Polen gar nicht interessiert, dafür aber für Frankreich oder für einen anderen deutschen Nachbarschaftsstaat. Man mag dieses mangelnde Interesse beklagen, und vielleicht wird ja auch die geplante Erinnerungsstätte für etwas mehr Interesse sorgen, doch dass sich damit die Lücken im nationalen Bewusstsein der Deutschen schließen werden, wird wohl niemand ernstlich behaupten wollen.

Wenngleich in der Beilage der Aufweis von Bewusstseinslücken im Zentrum der Betrachtungen steht, so wird doch nicht verschwiegen, dass in den letzten Jahrzehnten sowohl von deutscher als auch von polnischer Seite bedeutsame Bemühungen zur Verbesserung unserer

beiderseitigen Beziehungen unternommen wurden, die zu „einer positiven Einstellung zu Polen (führten), wie es sie in der Vergangenheit nie gegeben hat.“ Als Kronzeugen werden zwei Polen genannt, der katholische Intellektuelle und Politiker Stanisław Stomma, der unter dem Eindruck des Versöhnungsbriefes der polnischen Bischöfe und Brandts Kniefall, also bereits zu kommunistischen Zeiten, den „Fatalismus der Feindschaft“ als grundsätzlich überwunden ansah, sowie der ehemalige polnische Staatspräsidenten Bronisław Komorowski, der anlässlich des 75. Jahrestages des Überfalls auf Polen am 10. September 2014 vor dem Deutschen Bundestag vom „Wunder der Versöhnung“ sprach.

Die deutsch-polnischen Beziehungen als Prozess der Versöhnung

Statt im Zusammenhang mit der Resolution des Bundestages vor allem die Lücken im öffentlichen Bewusstsein zu betonen, wäre es angebracht, den schwierigen Prozess der Versöhnung nachzuzeichnen, angefangen mit dem Versöhnungsbrief der polnischen Bischöfe von 1965 als einem nicht nur innerkirchlichen, sondern auch politisch wirksamen Impuls. Er wird zwar in der Beilage erwähnt, doch mit einer negativen Tönung. So wird von polnischer Seite behauptet: „Der Brief der polnischen Bischöfe ist in Deutschland weitgehend unbekannt. Er ist eine Sache der Elite und findet in Polen bei den einfachen Leuten eher Widerspruch als Akzeptanz.“ Er habe für die Gegenwart keine Bedeutung.

Für die Gegenwart schon, wenngleich gegenwärtig kaum. Immerhin liegt die Versöhnungsinitiative beider Kirchen Jahrzehnte zurück, so dass sie schwerlich von aktueller Bedeutung sein kann. Gleiches gilt für die evangelische Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen Nachbarn“ vom 1. Oktober 1965. Wer weiß, wie die Geschichte deutsch-polnischer Beziehungen verlaufen wäre, hätten die Kirchen damals die Zeichen der Zeit nicht wahrgenommen und angesichts vieler Widerstände auf ihre Versöhnungsinitiative verzichtet.

Auch Willy Brandts Kniefall vor dem Gethetodenkmal im Kontext der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grundlagenvertrags von 1970 dürfte durch den Impuls jener kirchlichen Versöhnungsinitiativen bestimmt gewesen sein. Er kommt zwar in der Beilage kurz zur Sprache, doch es wird gleichzeitig in Zweifel gezogen, dass diese Demutsgeste überhaupt den von Deutschen an Polen verübten Verbrechen galt, sondern Juden und Israel die eigentlichen Adressaten waren. Wobei man fragen kann, warum überhaupt diese Unterscheidung getroffen wird, denn die Juden im Warschauer Getto waren ja schließlich allesamt polnische Staatsbürger.

An Gesten der Versöhnung und Verständigung ist wahrlich im deutsch-polnischen Verhältnis kein Mangel. Kein Gedenken an den 1. September 1939, an den Tag des Überfalls auf Polen, an dem nicht führende deutsche Politiker in Polen vertreten sind. Und die der Versöhnung dienenden Initiativen der Bürgergesellschaft sind in ihrer Vielzahl gar nicht zu überblicken: Die zahlreichen Polenseminare deutscher Bildungsstätten und die von ihnen organisierten Studienfahrten nach Polen; die deutsch-polnischen Gesellschaften mit ihren Poleninitiativen; nicht zu vergessen die kirchlichen Gruppen in der DDR, die illegal, gegen das Verbot der kommunistischen Regierung, in Auschwitz und anderen ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagern Sühnezeichen setzten; die deutsch-polnische Schulbuchkommission mit ihren 1976 veröffentlichten Empfehlungen für den Geschichts- und Geographieunterricht in beiden Ländern; dann die vielen Hilfstransporte während der polnischen Wirtschafts- und Versorgungskrise Ende 1970, Anfang 1980; die Unterstützung der „Solidarność“, das Engagement so mancher Vertriebenen beim Wiederaufbau der Kulturgüter in ihrer ehemaligen Heimat. Auch die rund 500 deutsch-polnischen Städtepartnerschaften wären zu nennen. Und was die Kultur betrifft, so dürfte es kein Land geben, in dem die polnische Literatur in Übersetzungen so verbreitet ist wie in Deutschland. Dieses und manches mehr ist ein Beleg für die gegenüber der unheilvollen Vergangenheit gewandelte Einstellung der Deutschen zu Polen.

Wer nach Lücken sucht, findet sie immer

Wer nur nach den deutschen Bewusstseinslücken im Verhältnis zu Polen sucht, der nimmt eine negative Perspektive ein und gelangt zu negativen Ergebnissen. In der Beilage finden sich dazu zahlreiche, zumal von polnischen Autoren angeführte Beispiele. So wird suggeriert, dass die Polen bei Begegnungen von Deutschen immer noch deren Kriegsverbrechen im Kopf

haben: „War sein Großvater in der NSDAP?“ Oder, kaum glaubhaft: „In Deutschland haben sie sicher eine besondere Art, mit den an Corona Erkrankten umzugehen. Irgend so ein Lager. Etwa unter Verwendung von Zyklon B?“ Selbst wenn eine derartige Aussage eines Angehörigen der jungen Generation ironisch gemeint sein sollte, entschuldbar ist sie nicht und schon gar nicht typisch. Unter dem Vorwand, deutsche Bewusstseinslücken aufzuweisen, wird das Gegenteil von Versöhnung, nämlich Deutschenfeindschaft kolportiert.

Dies sind nicht die einzigen Beispiele dieser Art in dieser Beilage des „Tygodnik Powszechny“. Erwähnt wird eine Fotomontage des Boulevardblattes „Super Express“. Sie erschien 2008 vor dem Länderspiel der polnischen gegen die deutsche Fußballnationalmannschaft, und sie zeigt die abgeschlagenen, blutropfenden Köpfe von Spielführer Michael Ballack und Trainer Joachim Löw.

Selbst ein so bedeutsames Zentrum der Versöhnung wie die Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte Krzyżowa/Kreisau für europäische Verständigung wird schlechtgeredet. „Warum wurde nicht Warschau, Wieluń oder Danzig für eine solche Bildungsstätte ausgewählt?“ fragt Nancy Waldmann in ihrem gemeinsam mit Łukasz Grajewski verfassten Beitrag. Weil sich, so ihre Antwort, „die Deutschen in Kreisau selbst davon überzeugen können, dass deutsche Konservative (wie die Familie Moltke), darunter auch hohe Wehrmachtsoffiziere, ungeboren blieben, und dass nicht deutsche Konservative Europa in den Ruin führten, dass in Deutschland selbst während des Dritten Reiches nicht alles schlecht war.“ Eine solche Beurteilung zeugt von purer Unkenntnis und wird weder dem *genius loci* James von Moltke und seiner Gattin Freya gerecht, noch den Umständen der Gründungsversammlung des neuen Kreisau in den Junitagen 1989, als in Peking die Demokratiebewegung auf dem Platz des Friedens niedergewalzt wurde und in Polen die halbfreien Wahlen stattfanden, sowie auch nicht der auf ein geeintes Europa ausgerichteten Zielsetzung deutsch-polnischer Verständigung.

Die gleiche negative Missdeutung betrifft den Austausch des liturgischen Friedenswunsches zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Premier Tadeusz Mazowiecki während der Versöhnungsmesse in Kreisau, fast zeitgleich mit dem Mauerfall in Berlin: „Leider, dieses Bild verfälscht die Sachlage vor 30 Jahren. Das war eine Zeit harter Verhandlungen, die man schwerlich als einen Prozess der Versöhnung bezeichnen kann. Die in diesen Gremien geführten Gespräche hatten nicht viel gemeinsames mit dem täglichen Leben voller Vorurteile.“ Welch ein Missverständnis! Als würden bereits harte Verhandlungen die Versöhnung als solche in Frage stellen und müssten die wechselseitigen Vorurteile in den Köpfen der Deutschen und Polen total ausgeräumt sein, um von Versöhnung sprechen zu können.

Ohne Kohl und Mazowiecki wäre, getragen vom Wunsch nach „Verständigung und Versöhnung“, wie es in der Präambel heißt, der Vertrag „über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ kaum zustande gekommen. Am 17. Juni 1991 unterzeichnet, bildet er bis heute die Grundlage unserer beiderseitigen Beziehungen.

Völlig abwegig ist es, wenn in der Beilage die von Versöhnung bestimmte Politik der Vorgängerregierungen von PiS für das lückenhafte deutsche Bewusstsein mitverantwortlich gemacht wird. So würden zwar viele Deutsche eine feste Meinung vom polnischen Antisemitismus besitzen, aber die Helden des polnischen Widerstandes ebenso wenig kennen wie „die Familie Ulmów und andere Polen, die während der deutschen Okkupation Juden versteckten und dies mit dem Leben bezahlten – das ist nicht nur ein deutsches Versagen, sondern auch das der polnischen liberalen Politik der Versöhnung nach 1989. Erst die Regierung von Recht und Gerechtigkeit nahm sich dieser Gestalten an und begann im Rahmen ihrer Geschichtspolitik deren Biographie zu verbreiten. Ihr Kern ist es, das polnische Martyrium und den polnischen Patriotismus zu promulgieren.“

Was die Helden des polnischen Widerstandes und die Rettung von Juden durch ihre polnischen Mitbürger betrifft, gibt es zahlreiche polnische wissenschaftliche Arbeiten sowie literarische und filmische Zeugnisse, die in Deutschland in der Tat wenig bekannt sind und eine größere Verbreitung und Rezeption verdienen würden. Doch indem Kaczyński und seine Partei das nationale Martyrium zum Kern ihrer Geschichtspolitik machen, verkürzen sie die deutsch-polnischen Beziehungen auf ein Täter-Opfer-Verhältnis und kultivieren damit ihre Deutschfeindlichkeit. Auf diese Weise verabschiedet sich PiS von einer Politik der Versöhnung, was im Übrigen Kaczyński programmatisch gefordert hat, indem er sich mit seiner Ge-

schichtspolitik von einer, wie er sagt, „Politik der Scham“ abgrenzt. Dass diese von den Vorgängerregierungen verfolgte „Politik der Scham“ in einem Prozess nationaler Selbstreinigung eigene Schuldverstrickungen bewusst machte und damit, wenn nicht den Balken, so doch den Splitter aus dem eigenen Auge entfernte, war jedoch auch ein Beitrag zur Versöhnung.

Asymmetrie und Frustration

Grajewski befasst sich auch mit dem „Problem der Asymmetrie in den deutsch-polnischen Beziehungen: „Die Deutschen verbleiben selbst nach 30 Jahren in allen Kategorien auf einem weit höheren Niveau. Einkommen, soziale Programme, bedeutende Firmen, Fußballmannschaften, die Anzahl der Fahrräder auf den Straßen etc. Es lässt sich kaum ein Bereich finden, in dem etwas Polnisches in Bezug zu einem deutschen Äquivalent die Chance hätte zu konkurrieren.“

Das ist eine durchaus passende Beschreibung. Bereits ein Vergleich der Größe des Staatsgebiets und der Bevölkerung zeigt eine objektiv vorgegebene Asymmetrie. Die lässt sich durch nichts aus der Welt schaffen. Die Frage ist nur, wie man beiderseits der Oder mit diesem Faktum umgeht. Grajewski sieht hier für die Polen vor allem eine Quelle der Frustration. Zu den längst nicht geheilten Wunden des Zweiten Weltkriegs komme die „Enttäuschung über die Posttransformation.“ Denn die polnische Politik sei nach 1989 fast ausschließlich darauf ausgerichtet gewesen, dem deutschen Vorsprung nachzujagen, ohne ihn einholen zu können.

Die Frustration umfasse auch „die Masse der in Deutschland lebenden Polen, die sich blitzartig assimilierten und sich ihrer polnischen Identität entledigten.“ Dabei seien diese Leute häufig in den „allerschlimmsten Arbeitsbereichen“ tätig. „Sie werden oft durch ein Netz von Subunternehmen ausgebeutet und von den Arbeitgebern unwürdig traktiert. Im hohen Maße bleiben sie Bürger zweiter Klasse.“

Das ist eine negative, einseitige und tendenziöse Darstellung. Man kann die Entwicklung Polens in den letzten 30 Jahren durchaus als Erfolgsgeschichte beschreiben. Zu der hat die Bundesrepublik entscheidend beigetragen, die sich im Nachbarschaftsvertrag von 1991 im Übrigen dazu verpflichtet hat. In all den Jahren besaß Polen zudem in der Europäischen Union keinen besseren Fürsprecher als Deutschland.

Und was die in der Bundesrepublik lebenden Polen betrifft, so sind die meisten gut integriert, ohne ihr polnische Identität aufzugeben. Für sie ist keineswegs die sprichwörtliche polnische Putzfrau typisch, denn Polen sind in allen gehobenen Berufen vertreten.

Waldmann und Grajewski kommen zu dem Schluss, dass angesichts der von ihnen dargestellten und interpretierten Asymmetrie „die polnisch-deutschen Beziehungen einen postkolonialen Charakter haben.“ Damit bedienen sie sich eines von PiS-Politikern und PiS nahestehenden Journalisten gebrauchten Terminus, der – wie sie selber schreiben – wissenschaftlich bislang noch nicht abgeklärt ist. Als einzigen Beleg führen sie die an deutschen Universitäten unterpräsenitierte Polonistik an. „Schon allein der Status solcher wissenschaftlichen Bereiche wie die Polonistik in Deutschland verweist auf einen stark postkolonialen Charakter.“ Man mag es bedauern, dass die Polonistik in Deutschland gegenüber der Germanistik in Polen weit zurück steht, aber ist das bereits ein Beweis für einen deutschen Postkolonialismus?

Waldmann und Grajewski vermitteln hier die Position der deutschfeindlichen Kaczyński-Partei. „Es scheint, dass die gegenwärtige polnische Regierung die Quellen der aus der Asymmetrie deutsch-polnischer Beziehungen resultierenden Frustration eines gewöhnlichen Polen zutreffend diagnostiziert. Daher der Erfolg des Mottos ‚sich von den Knien erheben‘ sowie die Gewissheit, dass jedes von den öffentlichen und regierungsnahen Medien aufbereitetes Material wirkungsvoll das Gefühl historischer Ungerechtigkeit weckt – und das nicht nur unter dem harten Kern der PiS-Wähler.“

Reparationsforderungen

In Zusammenhang mit der Entscheidung des Bundestags wurde erneut die Forderung nach Reparationen laut. Waldmann fragt: „Reicht das, um die Versäumnisse zu beheben? Muss nicht eine Debatte um Entschädigungen dies begleiten? [...] Die Aufnahme entsprechender Verhandlungen würde bewirken, dass die öffentliche Debatte um die deutschen Verbrechen im besetzten Polen neu belebt und eine große Menschenmenge erreichen würde.“

Dabei weiß die Autorin, und sie äußert dies auch, dass die deutsche Regierung die Frage nach Reparationen für erledigt betrachtet. Polen hat ja, wenngleich auf sowjetischen Druck, bereits 1953 darauf verzichtet. Die PiS-Regierung hält dagegen an Reparationsforderungen fest. Am 11. August 2017 hatte der Abgeordnete Arkadiusz Mularczyk ein Gutachten beantragt, das die rechtlichen Möglichkeiten für Reparationsforderungen gegenüber der Bundesrepublik prüfen und feststellen sollte. Begründet hatte er ihn mit dem Hinweis darauf, dass „wir Polen über viele Jahre mit den Phrasen einer polnisch-deutschen Versöhnung betrogen wurden.“ Man habe, so Mularczyk, gegen Polen „eine rücksichtslose und herzlose Politik der Vermeidung von Entschädigungen“ geführt. Nun sei es endlich an der Zeit, das in der Vergangenheit Versäumte nachzuholen.

Bereits am 05. September des gleichen Jahres legte der wissenschaftliche Dienst des Sejms ein Gutachten vor, das den Anspruch auf Reparationen bekräftigt und die materiellen Kriegsverluste auf 48,8 Milliarden Dollar beziffert. Zu einem anderen Ergebnis gelangt der wissenschaftliche Dienst des Bundestags, der in seinem Gutachten vom 28. August 2017 unter Hinweis auf die polnische Verzichtserklärung Polens Reparationsforderung zurückweist.

Auch Anna Przybill, Doktorandin der Abteilung für Deutschstudien an der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PA), greift in ihrem Beitrag das Reparationsthema auf. Sie zeigt, dass die polnischen Reparationsforderungen bis in das Jahr 2004 zurückreichen und damals eine Reaktion auf die „Preußische Treuhand“ waren, die für die Ostpreußen Entschädigungen für den in ihrer früheren Heimat zurückgelassenen Besitz forderten, ein Anspruch, der von der Regierung unter Gerhard Schröder in keiner Weise befürwortet wurde.

Bezeichnend ist, worauf Przybill verweist, dass polnischerseits die Reparationsforderungen immer dann thematisiert werden, wenn es zu Spannungen mit Berlin und Brüssel kommt. Die Autorin sieht darin eine „innenpolitische Instrumentalisierung“. Anders gesagt, die PiS-Regierung nutzt die Reparationsforderungen als eine deutsch- und unionsfeindliche Waffe, von der sie nach Belieben Gebrauch macht.

Aus der Einsicht, dass Reparationsforderungen nach Lage der Dinge illusorisch sind, schlägt Przybill vor, den Begriff „Reparationen“ durch „Entschädigung“ zu ersetzen, um „die Debatte von der formalrechtlichen auf die politische Ebene zu verlagern.“ Die Mittel, die Polen bislang an Entschädigung erhalten hat, nach einer öffentlich gemachten Berechnung des Breslauer Professors Krzysztof Ruchniewicz immerhin etliche Milliarden €, entsprechen zugegebenermaßen in keiner Weise den Kriegsschäden. So hofft Frau Przybill darauf, die deutsche Seite werde noch für eine finanziell-politische Geste gegenüber Polen sorgen.

Abgesehen von diesem Wunsch ist es kein guter politischer Stil, wenn die polnische Seite die Entscheidung des Bundestags zur Errichtung einer den polnischen Kriegsoptionen gewidmeten Gedächtnisstätte zum Anlass nimmt, die Frage nach Reparationen bzw. Entschädigungen zu thematisieren, bedeutet dies doch, dass sich die Glaubwürdigkeit dieser Entscheidung daran erweisen muss, dass in Berlin der Ruf nach

Reparationen oder weiteren Entschädigungen endlich Gehör findet. Dass im Nachbarschaftsvertrag von 1991 Reparationsforderungen im beiderseitigen Einverständnis ausgeklammert blieben, hatte einen guten Grund. Würde es zu solchen Verhandlungen und wechselseitigen Aufrechnungen kommen, wäre ein Streit vorprogrammiert, denn neben unterschiedlichen Berechnungen käme wohl – was das Gutachten des Wissenschaftlichen Diensts des Bundestags ausdrücklich vermerkt – der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete als Teil der Entschädigung zur Sprache, was neue Ressentiments wecken und die auf Versöhnung basierenden deutsch-polnischen Beziehungen ernstlich in Frage stellen würde.